

# Die Premierminister kommen und gehen

Der ständige Regierungswechsel löst nicht die Urprobleme der versteinerten „Japan Inc.“

Von Josef Joffe

Quizfrage: Warum wechselt immer wieder die japanische Regierung und bleibt trotzdem gleich? Antwort: Weil das Land de facto einer einzigen Partei gehört, den Liberal-Demokraten, und die herrscht ewig. Wenn ein Hashimoto am Montag zurücktritt, kommt bloß ein anderer Premier, der aus demselben versteinerten LDP-Holz geschnitzt ist. Oder genauer: der sich hochgesessen hat, ohne die wahren Machthaber, die noch älteren Parteibosse, zu verstören. Ins Deutsche übersetzt: Unterstellen wir, in Bonn regierte seit 1945 die Union – mit unbefristeter Beschäftigungsgarantie. Dann wäre auf Adenauer der ewige zweite Mann Erhardt gefolgt, und auf den der Kompromiß-Kandidat Kiesinger. Hernach hätte es keine Wahlkämpfer namens Strauß und Kohl gegeben, sondern nur brave, blasse Leute, die den partei-internen Machtkonsens verkörpern: Beamte im Gewande des Politikers.

Neben der ausgedachten Parallele gibt es aber auch echte. Beide Länder – Japan und Deutschland – haben vierzig Jahre lang

traumhaft mit einem Modell reüssiert, das nicht mehr funktioniert. In Deutschland war es der immer kräftiger regulierende, immer stärker umverteilende Staat, der die Wirtschaft mit vielen geschützten Räumen beglückte. In Japan war es eine merkantilistische Wirtschaftspolitik, die Exporte forcierte, Importe und Fremdinvestitionen (und damit Konkurrenz) abblockte. Nicht Premier und Parlament führten die Nation, sondern „Japan Inc.“, eine nach westlichen Vorstellungen geradezu unanständige Verfilzung von Beamtenapparat, Banken und Konzernen.

Zum Beispiel wurden Zinsen künstlich niedriggehalten. Die erlaubten es den schludrig überwachten Banken, mit vollen Händen Firmen zu finanzieren, ohne lange nach der Rendite zu fragen. Der Preis des Filzes heute? „Faule“ Darlehen in Höhe von zwölf Prozent des Bruttosozialprodukts – eine astronomische Summe, die das ganze Finanzsystem bedroht. Ein weiteres Menetekel: Im ersten Quartal 1998 stürzte das Sozialprodukt (aufs Jahr gerechnet) über fünf Prozent ab.

Gegenüber solchen Problemen steht

Deutschland mit drei Prozent Wachstum geradezu glänzend da – auch im Vergleich zu einem Höchststeuersatz von 65 Prozent. Hätte Hashimoto die Oberhauswahlen am Sonntag nicht verloren, wäre vielleicht die Steuerreform angepackt worden. Wo will die LDP nach dieser Niederlage einen starken Partner für den Angriff auf den Reformstau nehmen?

Immerhin hatte Hashimoto schon einiges geschafft. Dereguliert wurden Telekommunikation, Einzelhandel, Transport und Energie. Im April fand wenigstens ein „Small Bang“ auf dem Finanzmarkt statt. Manche meinen gar, daß der Arbeitsmarkt flexibler geworden sei als der deutsche. Es bewegt sich also einiges, aber nicht so schnell, wie es die Krise daheim und in Ostasien fordert. Japan Inc. krankt am Scheitern dessen, was einst so erfolgreich war. Das erfordert die Brutal-Reform – just, was ein eingefrorenes System nicht hergibt. Deshalb entschuldigte sich Hashimoto für sein *persönliches* Versagen. Das war systemkonform, aber die falsche Diagnose.